



© Collage: Lili Aschoff

Die Messer zuhause lassen

Wer auf die Frage, wo man wohnt, mit „Wedding“ antwortet, bekommt in Berlin doch des Öfteren einen schrägen Blick ab. Oder hört Sätze wie „Hier würde ich meine Kinder nie zur Schule schicken!“ oder „Mit der U8 würde ich mich nachts nicht trauen zu fahren – viel zu gefährlich!“. Er scheint kein Bezirk, der in Berlin hohes Ansehen genießt. Im Gegenteil: Der Wedding ist als arm, dreckig und gefährlich verschrien. Und es stimmt, er ist sicher nicht das schickimicki-Prachtstück Berlins.

Dass es in Wedding viel Armut gibt, ist wahr, weil hier zumindest manche Wohnungen noch bezahlbar sind. Dass im Wedding viel Müll herumliegt, stimmt auch. Dass der Wedding gefährlich ist, würde der „Kriminalitätsatlas Berlin“ der Berliner Polizei auf jeden Fall bestätigen, allerdings nicht schwerwiegender als Teile von Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln oder sogar dem Regierungsviertel. Trotzdem wird in den Medien gerne Stimmung gegen den gefährlichen Wedding gemacht.

> [weiterlesen auf S. 3](#)

Behörden wahnsinn mit System

Wir mussten neun Monate auf die erste Telefonberatung warten. Und dann bekamen wir genau die gleichen Fragen gestellt wie die, die wir schon neun Monate zuvor per E-Mail beantwortet hatten.“ G. und seine Frau T. stellten nach der Telefonberatung im Oktober 2022 den schriftlichen Antrag, dann hieß es wieder: warten. Zwei Jahre später hatten sie vom Landesamt für Einwanderung (LEA) immer noch keinerlei Auskunft darüber, wann ihr Antrag bearbeitet wird.

> [Weiterlesen auf S.9](#)

Warum hat Jérôme Boateng Farbflecken im Gesicht? S. 7

Die Brücke bleibt offen! S. 8

Linke Zentren im Wedding angegriffen S. 10

Was hat der Wedding mit Tomaten und Gewerkschaften aus Spanien zu tun? S. 15

Inhalt Ausgabe #13

TITEL

3 Die Messer Zuhause lassen

Was tun gegen die Gewalt in unseren Kiezen?

5 Ari in Moabit: Streit um ein Symbol des Erinnerens

KOMMENTAR

6 Mietenpolitik bleibt Handarbeit

Viel betont und oft besprochen: Berliner Mieter*in zu sein ist scheiße!

THEMEN

7 Warum hat Jérôme Boateng Farbflecken im Gesicht?

Oder: Warum häusliche Gewalt uns alle angeht.

8 Die Brücke bleibt offen!

9 Behördenwahnsinn mit System

G. erzählt von seinen Erfahrungen mit dem Einbürgerungsprozess.

10 Linke Zentren im Wedding angegriffen

11 Kampfsporttrainings des III. Weg – Ein Blick in den Nachbarbezirk

Nazis rekrutieren über Kampfsport. Bezirksamt und Staatsschutz schauen zu.

MELDUNGEN

12 Jüdisches Krankenhaus Berlin kündigt Mitarbeiter*innen!

Wie die Gesundheitsversorgung und die Beschäftigten in unserem Kiez weiter Einsparungen unterworfen werden

KULTUR

13 Film und Kino im Wedding

KOLUMNE

14 Läden in der Nachbarschaft

INTERNATIONAL

15 Was hat der Wedding mit Tomaten und Gewerkschaften aus Spanien zu tun?

Auftakt

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.noblogs.org

Die Messer zuhause lassen

Was tun gegen die Gewalt in unseren Kiezen?

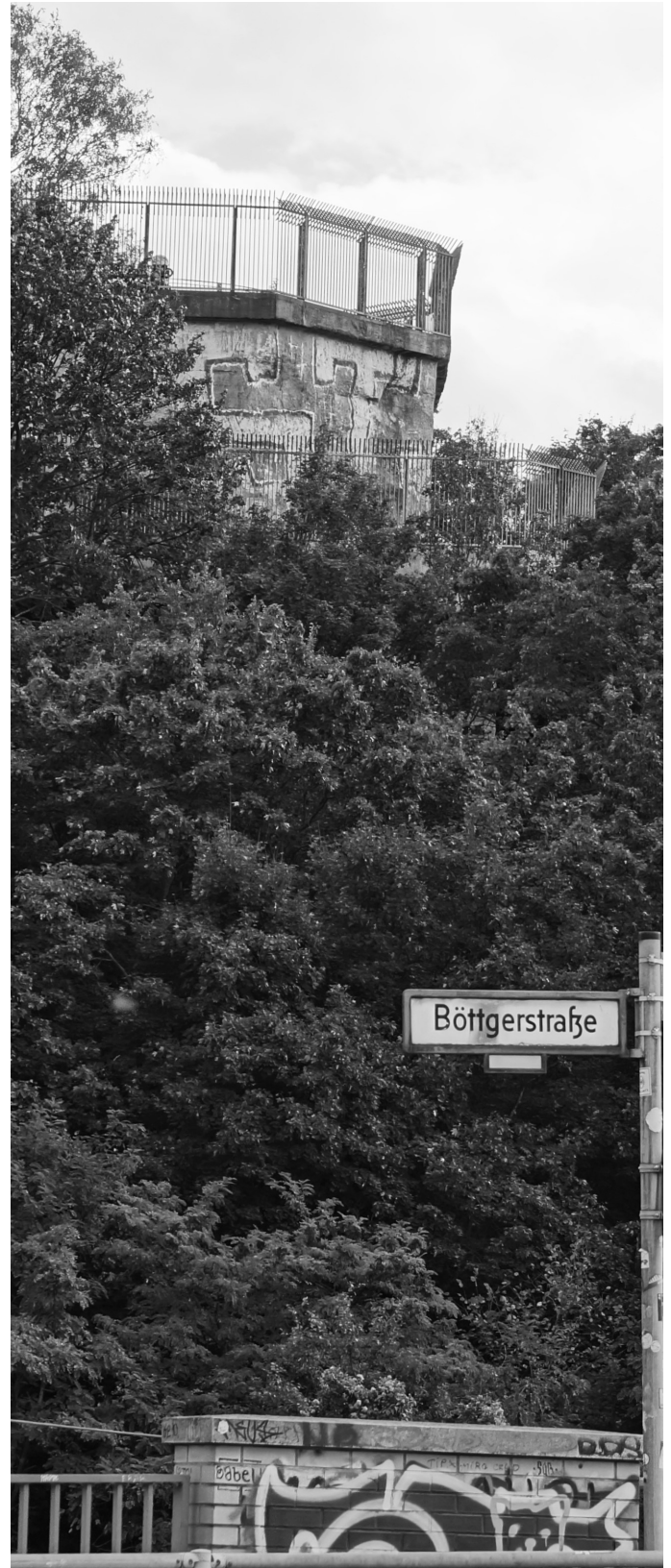
Von: Denis und Ernst vom Stadtteilkomitee Wedding

Wer auf die Frage, wo man wohnt, mit „Wedding“ antwortet, bekommt in Berlin doch des Öfteren einen schrägen Blick ab. Oder hört Sätze wie „Hier würde ich meine Kinder nie zur Schule schicken!“ oder „Mit der U8 würde ich mich nachts nicht trauen zu fahren – viel zu gefährlich!“. Er scheint kein Bezirk, der in Berlin hohes Ansehen genießt. Im Gegenteil: Der Wedding ist als arm, dreckig und gefährlich verschrien. Und es stimmt, er ist sicher nicht das schickimicki-Prachtstück Berlins. Dass es in Wedding viel Armut gibt, ist wahr, weil hier zumindest manche Wohnungen noch bezahlbar sind. Dass im Wedding viel Müll herumliegt, stimmt auch. Dass der Wedding gefährlich ist, würde der „Kriminalitätsatlas Berlin“ der Berliner Polizei auf jeden Fall bestätigen, allerdings nicht schwerwiegender als Teile von Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln oder sogar dem Regierungsviertel. Trotzdem wird in den Medien gerne Stimmung gegen den gefährlichen Wedding gemacht. Jenseits von Vorurteilen und Polizeistatistiken können wir als Bewohner*innen von Wedding aber sagen, dass Gewalt tatsächlich ein Bestandteil vom Leben in unserem Kiez ist. Von lauthalsen Streits oder Prügeleien an der Straßenecke bis zu Messerangriffen auf Personen ist uns alles bekannt.

Folgende Vorfälle aus dem Wedding schafften es bisher in die berlinweiten Schlagzeilen:

- Am 18.01.2024 wurde ein 50-Jähriger im Brüsseler Kiez attackiert und erlag seinen Verletzungen.
- Am 11.07.2024 beteiligten sich 30 Personen an einer gewalttätigen Auseinandersetzung, bei der die Eisenstange eines Baugerüsts als Waffe verwendet wurde, mit der schlussendlich eine schwangere Frau attackiert wurde.
- Am 16.07.2024 wollte ein Mann einen Streit am Gesundbrunnen schlichten und wurde von den zwei Streitenden angegriffen und mit einem Messer attackiert.
- Am 20.07.2024 feuerte am Leopoldplatz eine Person mehrmals mit einer Schusswaffe auf eine Gruppe von Menschen.
- Am 11.08.2024 kam es am Leopoldplatz zu einer Auseinandersetzung zwischen 15 bis 20 Männern, bei der Beteiligte einander mit Stichwaffen angriffen.
- Am 11.09.2024 attackierte ein 40-Jähriger Jugendliche in der Straßenbahn M13 mit einem Messer.

Und besonders gravierend: Der Mord an William Chedjou am 11. Juli 2024 in der Böttgerstraße. Sein Tod war die Folge eines Streits um einen Parkplatz, bei dem sein Gegenüber ein Messer zog, mehrfach auf William Chedjou einstach und – ohne Hilfe zu holen – floh. William Chedjou hinterlässt seine Frau und Kinder, die er finanziell unterstützte. Er hinterlässt auch eine schockierte, bestürzte, wütende und traurige Community, die sich am 20. Juli 2024 für eine Demonstration im Andenken an den Verstorbenen versammelte.



Gewalt gegen Frauen.

Bei all den Meldungen über Gewalttaten fällt auf, dass die Täter zumeist Männer sind. Das Thema Gewalt ist also auch mit dem Thema Geschlecht verknüpft. Sind die Opfer von Messerattacken auf den Straßen im öffentlichen Raum oft selbst Männer, sieht es mit der Gewalt zuhause anders aus. Denn wenn Frauen Opfer von Messergewalt werden, passiert das meistens in der Wohnung – so wie Gewalt gegen Frauen im Allgemeinen. Dadurch sind die Gewalttaten viel weniger in der Öffentlichkeit sichtbar. Femizide – also Morde an Frauen, weil sie Frauen sind – sind in Deutschland aber an der Tagesordnung: Jeden zweiten Tag wird eine Frau in Deutschland von ihrem Partner oder Expartner getötet. Fast jeden Tag versucht ein (Ex-)Partner, eine Frau zu töten und alle drei Minuten schlägt ein Mann seine Partnerin. Erst in der letzten Augustwoche wurden in Berlin zwei Frauen innerhalb von wenigen Tagen erstochen, in beiden Fällen steht ein Expartner unter Mordverdacht. Eine dritte Frau wurde in derselben Woche von einem Bekannten in ihrer Wohnung in Reinickendorf attackiert und gewürgt, ein Messer lag auch am Tatort. Wir müssen uns bei der Suche nach den Ursachen von Gewalt in unserem Kiez also auch die Frage stellen, warum Männer immer wieder zu Fäusten und Messern greifen.

Polizei

Wenn man über ausufernde Gewalt diskutiert, wird auf die Polizei hingewiesen, die in diesem Staat die Aufgabe innehat, für Ordnung zu sorgen und dafür als einzige Institution das Recht hat, Gewalt auszuüben. Die gleiche Polizei, die Anfang letzten Jahres einem 14-jährigen Mädchen am Hauptbahnhof in die Hand geschossen hat. Die gleiche Polizei, die es 2019 vor der Öffentlichkeit vertuschen wollte, als ein Kollege eine Frau im Einsatz totgefahren hat. Die gleiche Polizei, die immer wieder mit brutaler und allzu oft tödlicher Gewalt gegen Obdachlose oder Menschen in psychischen Ausnahmesituationen vorgeht. Die gleiche Polizei, die immer wieder die Streiks der Hafearbeiter in Hamburg angreift. Aus unserem Alltag wissen wir genau, dass vermehrte Polizeipräsenz nicht zu weniger Gewalt führt. Denn die Polizei ist in erster Linie dazu da, uns zu kontrollieren und einzuschränken. Sie zeigt dies durch die vielen Razzien kleinster Geschäfte und Bars in unserem Kiez. Durch die Autopatrullen durch den Schillerpark und den Humboldthain. All diese Maßnahmen dienen nicht der Sicherheit der Menschen im

»Wir müssen aufmerksam sein, unsere Nachbar*innen kennenlernen, aufeinander achten und eingreifen, wenn es zu Angriffen, Zwangsräumungen oder polizeilichen Übergriffen kommt. Wir können Strukturen und Beziehungen aufbauen, die es uns ermöglichen, auf Probleme in der Nachbarschaft zu reagieren, ohne die Polizei zu involvieren«

Kiez vor Gewalt, sondern der Einschüchterung. Besonders offensichtlich wird die Gewalt, die von der Polizei ausgeht, bei rassistischen Polizeikontrollen, die nicht selten mit körperlicher Gewalt einhergehen. Oder auch dem gewaltsamen Vorgehen gegen Demonstrationen oder Fußballfans. Festhalten, Knie im Nacken, Schlagstock, Pfefferspray sind nur einige Mittel, die der Polizei neben der Schusswaffe zur Verfügung stehen. Besonders betroffen von Polizeigewalt sind aufgrund des gesellschaftlichen Rassismus vorwiegend unsere Schwarzen und migrantischen Nachbar*innen, aber auch Obdachlose, psychisch Kranke und suchtkranke Personen im Kiez. Die Polizei trägt also auch selbst ihren Anteil dazu bei, dass in unseren Kiezen viel Gewalt herrscht.

Was tun?

Wenn vermehrte Polizei nicht weniger Gewalt bedeutet, was wären Alternativen? Gewalttaten häufen sich oft in Vierteln, in denen viele soziale Probleme auftreten. Sie stecken uns in heruntergekommene Gegenden mit kaputtgesparter Infra- und Sozialstruktur, in Schulen, die auseinanderfallen, in schimmelige und viel zu teure Wohnungen, knechten uns auf Arbeit, entlohnen uns nicht angemessen und wundern sich dann über Perspektivlosigkeit und Wut, die viel zu oft in gewaltvollem Auftreten und Verhalten enden. Die Antwort auf diese Zustände sollten aber nicht Egoismus, Rücksichtslosigkeit und oder Verrohung sein, sondern Solidarität und Gemeinschaft im Viertel. Die Antwort auf die Polizei, die am Ende doch nie hilft, sind Strukturen, die die Probleme im Kiez selber anpacken, starke Nachbarschaften, die sich gegen Mietwucher und unhaltbare Zustände in ihren Häusern wehren und Bewohner*innen, die sich gegen Sparmaßnahmen bei Frauenhäusern, Jugendzentren, Krankenhäusern, Kindergärten zusammenschließen. Die aktuelle Stadtregierung unter CDU-Bürgermeister und Wohnungsspekulantenfreund Kai Wegner hat kein Interesse daran, die Existenzängste der Weddingener

erst zu nehmen. Stattdessen werden mehr Polizist*innen in die U8 gesetzt, mobile Wachen am Gesundbrunnen aufgestellt und Streifen durch die letzten Winkel des Wedding geschickt, um die Neubauinitiativen von Eigentumswohnungen und möblierten Apartments für Reiche zu sichern.

Was können wir gemeinsam tun?

- Wir brauchen Orte des Austauschs im Viertel für das Viertel. Die Rote Ella in der Buttmanstraße ist so ein Ort.

- Wir müssen aufmerksam sein, unsere Nachbar*innen kennenlernen, aufeinander achten und eingreifen, wenn es zu Angriffen, Zwangsräumungen oder polizeilichen Übergriffen kommt.

- Wir können Strukturen und Beziehungen aufbauen, die es uns ermöglichen, auf Probleme in der Nachbarschaft zu reagieren, ohne die Polizei zu involvieren.

- Wir können unseren Freunden, Söhnen, Brüdern, Männern, Vätern, Partnern deutlich machen, dass wir sie nicht tot, nicht schwer verletzt und nicht im Gefängnis sehen wollen und sie deswegen auf Gewalt verzichten sollen.

- Lasst die Messer zuhause, damit nicht weiter Söhne und Töchter des Wedding für Nichts sterben! ☆

Ari in Moabit: Streit um ein Symbol des Erinnerens

Von: Katrin Abram

Im Berliner Stadtteil Moabit steht eine bronzene Statue eines jungen Mädchens. Sie sitzt auf einem Stuhl, hat die Hände auf dem Schoß zu Fäusten geballt und auf ihrer Schulter sitzt ein kleiner Vogel. Neben dem Mädchen ein weiterer Stuhl, der allerdings leer steht. Wofür steht diese Figur? Es handelt sich um die Friedensstatue namens „Ari“ (armenisch für „die Tapfere“), welche an die sogenannten „Trostfrauen“ erinnert. Ein harmlos klingendes Wort, welches doch so eine schlimme Bedeutung trägt. Bei den „Trostfrauen“ geht es um überwiegend junge Frauen und Mädchen aus (Süd)-Ostasien, aber auch den Niederlanden und Papua-Neuguinea. Sie wurden während des Asien-Pazifik-Krieges (1937-1945) von der japanischen Armee entführt und zur Prostitution gezwungen. Der Begriff „Trostfrau“ kommt daher, dass die Frauen den japanischen Soldaten auf dem Kriegsfeld mit sexuellen Dienstleistungen „Trost spenden“ sollten, um ihren „Kampfgeist während des Krieges zu steigern“. Nach dem Kriegsende hatten viele der Frauen Schwierigkeiten, nach Hause zurückzukehren. Sie verschwiegen wegen der Scham- und Schuldgefühle ihre traumatischen Erfahrungen – bis 1991. Am 14.08.1991 meldete sich Kim Hak-soon als erste Überlebende im koreanischen Fernsehen zu Wort, nach fast fünfzig Jahren des Schweigens. Dies führte dazu, dass die „Trostfrauen- Bewegung“ auf internationaler Ebene Aufmerksamkeit erhielt. Doch bis heute kam es nicht zu einer aufrichtigen Entschuldigung der japanischen Regierung oder einer Aufarbeitung der Vergangenheit. Um die Vergangenheit nicht totzuschweigen und an die Opfer des Krieges zu erinnern, wurde 2011 in Seoul eine Friedensstatue direkt vor der japanischen Botschaft errichtet. Daraufhin folgten viele weitere, darunter 14 im Ausland. Eine davon befindet sich seit 2020 in Deutschland – in Berlin-Moabit. Allerdings will der Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, die Statue entfernen lassen, da sie den diplomatischen Beziehungen zwischen den Partnerstädten Berlin und Tokio schade.

»Allerdings steht Ari für so viel mehr als nur das. Sie symbolisiert den Mut vieler Frauen, welche von sexualisierter Gewalt betroffen sind, auch in heutigen Konflikten.«



Friedensstatue „Ari“

Im Juni veranlasste er einen Förderstopp des Bildungsprojektes „Setz‘ dich neben mich!“, welches von dem Korea Verband 2021 ins Leben gerufen wurde. Bei dem Bildungsprojekt wurden Jugendgruppen über die sexualisierten Kriegsverbrechen aufgeklärt. Der Korea Verband und die Einwohner*innen setzen sich seitdem dafür ein, dass die Friedensstatue in dem Bezirk stehen bleiben darf. Nach einer Unterschriftensammelaktion kamen über 3.000 Unterschriften zusammen, bei der Online-Petition sammelten sich bereits über 40.000 Unterschriften. Einige werden sich sicher fragen: Warum soll eine Friedensstatue, welche für die Opfer von japanischen Kriegs-

verbrechen steht, weiterhin in Berlin stehen bleiben? . Allerdings steht Ari für so viel mehr als nur das. Sie symbolisiert den Mut vieler Frauen, welche von sexualisierter Gewalt betroffen sind, auch in heutigen Konflikten. Zudem macht die Statue auf die Gewalt in KZ-Bordellen und die Gräueltaten der koreanischen Soldaten im Vietnamkrieg aufmerksam. ☆



Mietenpolitik bleibt Handarbeit

Viel betont und oft besprochen:
Berliner Mieter*in zu sein ist scheiße!

Von: Stadtteilkomitee Wedding

3 78 Zwangsräumungen im Jahr 2023. Damit belegt der Amtsgerichtsbezirk Wedding nach Lichtenberg den zweiten Platz. Und auch überhöhte Mietpreise, fiese Nebenkostenabrechnungen und Stress mit Vermieter*innen bleiben den Weddingern nicht erspart. Willst du ein schleppendes Gespräch am Laufen halten? Stell doch einfach die Frage, ob eine Person in der Runde aktuell Probleme mit ihrer Mietsituation hat. Garantiert liefert das bildhafte Ausführungen, von kaputten Heizungen und Duschen, über Wuchermieten und bis hin zum Wechseln der Zimmer im Halbjahresrhythmus und – „Ach ja, könntest du mir vielleicht beim Umzug helfen?“. Kleiner Nachteil dieses Gesprächsstarters ist wohl, dass sich wenig schöne Geschichten teilen lassen. Aber Unzufriedenheit kann verbindend wirken. Ein häufiger Einwurf: Mietverträge ab 2015 fallen unter die Mietpreisbremse. Das heißt, wenn die Miete mehr als zehn Prozent über der orts-

üblichen Vergleichsmiete liegt, ist das rechtswidrig und lässt sich mit etwas rechtlichem Aufwand senken. Portale wie Mietencheck.de oder CONNY helfen bei der Überprüfung. Doch mal ehrlich: Dieses rechtliche Mittel bringt nur denen etwas, die überhaupt einen Mietvertrag haben. Denen, die ihren Vermieter tatsächlich kennen, die unbefristet und nicht zur Untermiete wohnen und nicht die ganze Zeit einen Rauswurf fürchten. Und über diesen Punkt ist der Berliner Wohnungsmarkt längst hinaus. Viele Menschen haben kein normales, geregeltes Mietverhältnis, in dem sie auf ihre Rechte bestehen können. Das zu glauben, ist absurd. In den letzten Wochen berichteten der RBB und der Berliner Mieterverein von einem Onlinemarkt für Berliner Meldeadressen – ganz ohne Wohnung dazu. Es ist nicht verwunderlich, dass es dafür eine Nachfrage gibt, denn für Berliner*innen sind Wohnungen „ohne Anmeldung“ ein ganz alltägliches Phänomen. Da zahlt der hilflose Suchende dem Untervermieter des Untervermieters des Hauptmieters

schon mal ein paar hundert Euro mehr als ortsüblich vergleichbar wäre – welche Option bleibt sonst? Gleichzeitig versuchen private Vermieter*innen und Grundstückbesitzer*innen weiterhin alles, um Profite aus dem angespannten Mietmarkt zu schlagen. Ein aktuelles Beispiel aus dem Wedding: Am 27. Juni klagte der Investor Romeo Uhlmann von „Grundkontor Projekt GmbH“ vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Sein Ziel: Die Milieuschutzverordnung für das gesamte Gebiet um die Reinickendorfer Straße aufzuheben. Die dahinterstehende Absicht: Sein Bauvorhaben in diesem Gebiet durchzusetzen, nämlich sündhaft teure Mikro-Apartments für Studierende auf dem Gelände des Kulturhofs in der Koloniestraße 10. Im Umfeld der Kolonie10 gab es dagegen seit April Protest und beim Prozess im Juni kamen zahlreiche Nachbar*innen zur öffentlichen Verhandlung. Mit Erfolg: Die Milieuschutzverordnung bleibt weiter bestehen. Aber gab es da nicht noch ein Licht im Dunkeln? Erinnern wir uns nicht an einen großen Volksentscheid über die Enteignung der großen Wohnungsunternehmen in Berlin, schon im September 2021? Nun ja, starke drei Jahre weigert sich der Berliner Senat schon, tätig zu werden und das klare Mandat der Berliner*innen umzusetzen. Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ schreibt zurzeit selbst an einem Vergesellschaftungsgesetz. Wenn die Berliner*innen dieses Gesetz durch einen weiteren Volksentscheid erfolgreich absegnen, muss der Senat es direkt umsetzen. Wieder mal zeigt sich, dass von Bezirk und Senat keine Hilfe zu erwarten ist: Alles muss man selber machen! ☆

Warum hat Jérôme Boateng Farb- flecken im Gesicht?

Oder: Warum häusliche Gewalt uns alle angeht.

Von: L.

Wer kennt es nicht, das riesige Graffiti der Boateng Brüder an der Hauswand an der Kreuzung von Pankstraße und Badstraße? „Gewachsen auf Beton“ in Berlin Wedding. Nun hat es einen Zusatz bekommen: Auf Jérôme Boatengs Gesicht sind Farbbeutel gelandet. Dass das mit seiner Anklage und Verurteilung in Bezug auf Gewalt gegen seine Exfreundin zu tun hat, liegt nahe. Im Juli wurde das Urteil gesprochen: Schuldig. Die Strafe wurde ausgesetzt. Solange er dieses Verhalten im nächsten Jahr nicht wiederholt, muss er sie nicht zahlen. Begründet wurde dies damit, dass Jérôme Boateng nicht wie ein „notorischer Frauenschläger“ wirkt. Wir möchten sagen: Die Idee, dass es Menschen anzusehen oder anzumerken ist, ob sie Täter häuslicher Gewalt sind, ist skurril. Denn: Jede dritte Frau in Deutschland ist zumindest einmal in ihrem Leben von sexualisierter und/oder körperlicher Gewalt betroffen und das ungeachtet von Einkommen, Nationalität, Alter und Aussehen des Täters. Die meisten dieser Gewalttaten finden in der Partnerschaft oder Familie statt, also im nahsten und privatesten Umfeld der Betroffenen. Diese Zahl – jede dritte Frau – bedeutet, dass jede und jeder von uns jemanden kennt, die Gewalt im häuslichen Umfeld erfahren hat. Und, dass auch die meisten von uns jemanden kennen, der diese Gewalt ausgeübt hat. Gewaltvolle Beziehungen sind meist auch von großen Abhängigkeiten geprägt: Finanzielle Nöte und die fehlende Perspektive auf eine eigene Wohnung stellen große Hürden für Betroffene dar, um diesen zu entkommen. Zusätzlich bleibt nötige Hilfe oft aus. Das Einschalten der Polizei führt mitunter zu einem Anstieg von Gewalt oder Einschüchterung durch den Partner. Außerdem verhindert eine Anzeige keine finanziellen Nöte oder Wohnungslosigkeit. Auch die Justiz ist keine vertrauensvolle Fürsprecherin der Betroffenen. Nur zu oft wird den Betroffenen nicht geglaubt oder es wird angedeutet, dass sie selbst Mitschuld tragen. All dies befördert Scham, die dafür



sorgt, dass die Gewalt oft lange unsichtbar hinter der verschlossenen Wohnungstür bleibt. Dass der Staat nicht hilft, zeigt sich auch an den Hilferufen der Anlaufstellen für Betroffene. Die Beratungsstellen, Mutter-Kind und Frauenhäuser sowie Hilfetelefone sind schon seit Jahren unterfinanziert und werden immer weiter von Stadt und Bund kaputtgespart. Dadurch sind sie unterbesetzt, überlastet, zu schlecht ausgestattet und haben zu wenige Kapazitäten. Wir wollen festhalten: Es ist absurd, davon auszugehen, man könne einer Person anmerken, ob sie zu häuslicher Gewalt fähig ist. Ebenso absurd ist es anzunehmen, eine Person könnte etwas tun, das es rechtfertigt, dass man sie schlägt, würgt, verglüht oder gar ermordet. Dass Gewalt gegen Frauen immer noch als Ausrutscher, Einzelfall oder besonderer Umstand gelten darf, ist schockierend. Es zeigt, dass es trotz der erschütternden Zahlen nicht als ein Problem wahrgenommen wird, das die ganze Gesellschaft und damit uns alle

betrifft. Um daran etwas zu ändern braucht es uns alle, die wir gemeinsam gegen diese Gewalt eintreten. Und zwar mit dem Ziel, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Frauen ohne die ständige Bedrohung durch Gewalt leben können. Die Farbbeutel sind eine Form, in unserem Kiez Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken. Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen findet jährlich am 25. November statt: Geht hin – schaut nicht weg! ☆

Die Brücke bleibt offen!

Von: Jonny H.

Die schöne kleine Holzbrücke an der Walter-Nicklitz-Promenade wurde gesperrt. Draußen hängt ein Schild an einem Bauzaun, auf dem „Einsturzgefahr! Betreten der Brücke verboten“ steht. Auf Anfrage teilt die Senatsverwaltung mit, dass die Brücke bestimmten Normen nicht mehr entspreche und die Reparatur teurer als der Neubau sei. Der Antrag liegt in irgendwelchen Gremien, man kann aber nicht mit einem Beginn des Neubaus vor 2026/27 rechnen. So lange wollen wir, die Anwohner*innen des Soldiner Kiez, nicht warten! Denn die Fußgänger*innenbrücke ist und bleibt eine wichtige Verkehrsader im Soldiner Kiez. Für manche ist der Weg über die Panke alternativlos: „Ich muss hier jeden Tag lang und durch die Sperrung müsste ich durch die Schrebergärten gehen“, sagt ein Anwohner, „und ich bin schwarz, da gibt’s auch oft rassistische Kommentare von den Leuten da. Also kletterte ich lieber hier über die Absperrung rüber“. „Ruf doch mal beim Amt an“, „Start nen Antrag!“ „Da jibs do nen Verein fua“ „Ick kenn’ enen bee da

Denkmapfleje“ – hab ich viel gehört. Alles gute Möglichkeiten, sich zu informieren, in einer demokratischen Gesellschaft zu partizipieren und sich für oder gegen etwas einzusetzen. Was wir aber schaffen wollen, ist Gegenmacht. Also die Fähigkeit der Bürger*innen, sich gegen die Fremdbestimmung durch städtische Planungs- und Entscheidungsstrukturen sowie etablierte Institutionen zu wehren. Diese sind einfach nicht für solche Probleme im Kiez in einer Großstadt gemacht. Wir brauchen eine andere Herangehensweise, die sich auf die konkreten Ressourcen, Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen vor Ort stützt. Unser Kiez ist prädestiniert dafür, weil dort viele engagierte Menschen leben. Im Kieztreff „Kamine & Wein“ haben wir schon so viele tolle Projekte umgesetzt, warum nicht auch eine Brücke reparieren? Meine ehemalige Mitbewohnerin arbeitet gerade mit dem Quartiersmanagement an einem Kiezblock in der Soldiner Straße auf Höhe der Panke, da wäre doch der Erhalt einer Fußgänger*innenbrücke perfekt. Durch unser Netzwerk hier im Kiez, das sich vermutlich auf ca. 200 Menschen

beläuft, haben wir die Möglichkeiten, die wir brauchen, um die Brücke zu reparieren. Circa 20 von uns wohnen in der Stockholmer Straße, nur wenige Meter von der Brücke entfernt. Meine Recherchen und Gespräche mit Jurist*innen und Statiker*innen haben ergeben, dass die Brücke an der Walter-Nicklitz-Promenade durchaus auf verschiedene Arten und Weisen repariert und entsperrt werden könnte. Die Umsetzungen reichen dabei von einem legalen Bauantrag bis hin zu einem selbstorganisierten Neubau in rechtlicher Grauzone. Das stellt uns vor Herausforderungen: Durch den Antrag zur Baugenehmigung und die dafür notwendige Planungsphase könnte sich die Reparatur der Brücke um mindestens ein Jahr verzögern. Auf der anderen Seite könnten inoffizielle Bauarbeiten als Vandalismus oder Sachbeschädigung angesehen werden, wenn sie auffallen. Der Plan wäre hier, verdeckt zu arbeiten und nach Vollendung der Brücke eine Neuprüfung durch die Behörden zu verlangen. So oder so bräuchten wir die Unterstützung einer Fachkraft, die uns als Bauingenieur*in oder Architekt*in hilft. Mittlerweile wurden Teile der Brücke entfernt, was die eigenmächtige Überquerung unmöglich oder wenigstens noch gefährlicher macht. Umso wichtiger ist es, nun selbst aktiv zu werden, damit wir nicht von der lähmenden Bürokratie der Senatsverwaltung abhängig sind und wir unseren Kiez nach unseren Vorstellungen und Anforderungen selbst gestalten können. ☆



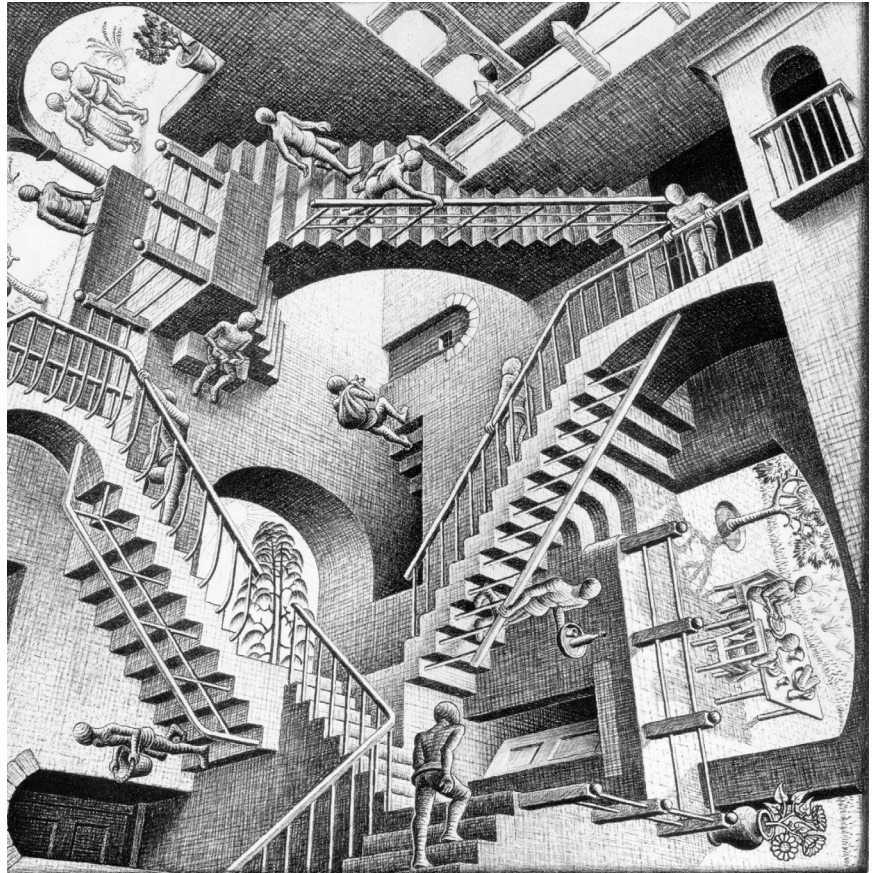
Bauzaun vor der Holzbrücke an der Walter-Nicklitz-Promenade

Behördenwahnsinn mit System

G. erzählt von seinen Erfahrungen mit dem Einbürgerungsprozess.

Von: G. und Kommission „Bildung und Geschichte“ des Stadtteilkomitee Wedding

Wir mussten neun Monate auf die erste Telefonberatung warten. Und dann bekamen wir genau die gleichen Fragen gestellt wie die, die wir schon neun Monate zuvor per E-Mail beantwortet hatten." G. und seine Frau T. stellten nach der Telefonberatung im Oktober 2022 den schriftlichen Antrag, dann hieß es wieder: warten. Zwei Jahre später hatten sie vom Landesamt für Einwanderung (LEA) immer noch keinerlei Auskunft darüber, wann ihr Antrag bearbeitet wird. Auch schon vor der Antragsstellung war die Kommunikation schwierig. "Man musste immer mehrmals E-Mails schreiben oder Briefe schicken, um eine Rückmeldung zu bekommen. Ans Telefon ging nie jemand ran." Auch, dass erforderliche Unterlagen immer nur schrittweise erfragt wurden, verzögerte den Prozess erheblich. Im Wartestatus sind G.s Handlungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Trotz starker Mieterhöhung kann er nicht umziehen, denn bei einem Wohnortwechsel muss der Antrag zu einer anderen Behörde geschickt werden. Eine Kündigungswelle bei seiner Arbeit löst starken Stress bei G. aus, denn ein Jobverlust würde den Prozess gefährden: Um eingebürgert zu werden, muss der Lebensunterhalt mit einigen Ausnahmen ohne Bürgergeld oder Sozialhilfe gesichert sein. Als sein Vater in Ägypten im Sterben lag, konnte G. ihn mit seinem Reiseausweis für Flüchtlinge nicht kurzfristig besuchen – mit dem deutschen Pass dagegen hätte er am Flughafen einfach ein Visum bekommen. „Ich brauche das Gefühl von Sicherheit und Stabilität, auch um Pläne für die Zukunft machen zu können, wie jeder normale Mensch", erklärt G. Die Option, in seine Heimat Syrien zurückzukehren, gebe es für ihn nicht. Über ein Jahr nach der Antragstellung findet G. heraus, dass seine Akte an ein neues Zentrum weitergeleitet wird. "Zu diesem Zeitpunkt entschied ich mich, eine Anwältin zu beauftragen, die im Dezember 2023 eine Untätigkeitsklage einreichte. Sie versicherte mir, ich würde spätestens im April den Einbürgerungsbe-



Die Lithografie mit dem Titel „Relativity“ von M. C. Escher zeigt eine unmögliche Treppenkonstruktion, in der Menschen versuchen zurecht zu kommen.

»Als sein Vater in Ägypten im Sterben lag, konnte G. ihn mit seinem Reiseausweis für Flüchtlinge nicht kurzfristig besuchen – mit dem deutschen Pass dagegen hätte er am Flughafen einfach ein Visum bekommen. „Ich brauche das Gefühl von Sicherheit und Stabilität, auch um Pläne für die Zukunft machen zu können, wie jeder normale Mensch«

scheid bekommen. Nach viel Druck und vielen unbeantworteten Briefen reagierte das LEA schließlich im Juli 2024 und schickte mir eine Einladung zur Entgegennahme der Staatsbürgerschaft." G. ist erleichtert, doch die Wut über den langwierigen Prozess und die Intransparenz der Behörden bleibt. "Ich habe anwaltlich individuell Druck gemacht, aber es geht vielen anderen Menschen ähnlich wie mir, also haben wir gemeinsam protestiert." Bei der ersten Protestkundgebung im März 2024 steht G. mit vielen anderen Betroffenen im neuen Gebäude des LEA. Ihnen gegenüber ihr Leiter, Engelhard Mazanke. Er erklärt, die seit Beginn des Jahres zentral agierende Behörde habe 40.000 offene Anträge von den Bezirken übernommen, welche erstmal digitalisiert werden müssten, bevor sie geprüft werden können. Das würde bis Mitte 2024 dauern.

Mit dem neuen digitalen Antragsverfahren ginge es zwar deutlich schneller, man müsse jedoch bei erneuter Antragstellung auch die 255€ Bearbeitungskosten ein zweites Mal bezahlen. Die Menschen bei der Kundgebung sind frustriert. Wie kann es sein, dass man so abhängig von einer Behörde ist, die noch unbearbeitete Anträge von 2005 herumliegen hat? Tatsächlich bekommen einige, die den Erstantrag ab 2024 digital stellen, nach wenigen Monaten eine Rückmeldung. Doch viele, die schon lange warten, haben immer noch keine Antwort. Darüber hinaus ist für viele Menschen auch eine schneller arbeitende Behörde keine Lösung. Diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht ohne Sozialhilfe finanzieren können, zum Beispiel, weil sie Angehörige pflegen oder alleinerziehend sind oder selbst aufgrund von Krankheiten oder Behinderungen nicht Vollzeit arbeiten können, müssen

darum kämpfen, eine sogenannte Ermessenseinbürgerung zu bekommen. Einbürgerung geht also auch mit dem Aussortieren von Arbeitskräften einher und unterscheidet zwischen profitabler und nichtprofitabler Arbeit. "Die Bundestagswahlen 2025 rücken näher, und viele Menschen haben Angst, dass noch radikalere Regelungen folgen oder progressive Veränderungen rückgängig gemacht werden," beobachtet G. Im Angesicht der aktuellen Forderungen nach einer noch restriktiveren Migrationspolitik stellt G. fest: "Wir müssen uns dagegen organisieren." ☆

Linke Zentren im Wedding angegriffen

Organisierung gegen die perfiden Methoden der Hausverwaltung

Von: Hände weg vom Wedding

U Im Juli gab es mehrere Sachbeschädigungen im Wedding auf die linken Zentren Interbüro und Kiezhaus Agnes Reinhold. Die Angriffe auf die Eingangstüren haben mehrere hundert Euro Schaden verursacht. Wir machen rechte Einzelpersonen dafür verantwortlich, die mit ihren Taten unsere Arbeit – die gelebte Verknüpfung sozialer Kämpfe für Frieden und soziale Gerechtigkeit – behindern wollen. Der politische Rechtsruck in Deutschland nimmt immer weiter zu. Wir alle können das spüren – beispielsweise an der Verschärfung des Asylrechts, der Militarisierung, der Kriegstreiberei oder den immens steigenden Mieten. Auch die Repression gegen Menschen, die sich gegen diese Zustände wehren, wird immer brutaler. Nicht zuletzt an den Demonstrationsverboten und der Polizeigewalt gegen die Palästina-Bewegung kann man das deutlich sehen. Der Rechtsruck und die Repression führen auch dazu, dass sich rechte Einzelpersonen und Gruppen dazu ermutigt fühlen, linke Projekte anzugreifen. Das Interbüro und das Kiezhaus wurden angegriffen, weil sie beide Orte der Solidarität sind, die der Repression und dem Rechtsruck entgegenstehen. Das Interbüro in der Nähe der Seestraße ist ein Raum für gelebte internationale Solidarität: Von Palästina-Cafés über internationale Brigaden zu Gewerkschaftsarbeit ist das Interbüro eine wichtige Infrastruktur für den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Imperialismus und Aufrüstung. Das Kiezhaus im Afrikanischen Viertel ist ebenfalls ein Raum für gelebte Klassensolidarität: Hier werden Arbeitskämpfe organisiert, Mieter*innen vernetzen sich gegen den Mietenwahn-



sinn und es finden Elterncafés, eine Kiezküche und Sozialberatung statt. Doch wir im Wedding weichen vor diesen rechten Angriffen nicht zurück. Wir werden die sozialen Zentren weiter öffnen und gemeinsam mit euch eine sozialistische Alternative im Kiez organisieren! Dem Kriegsgeschrei von oben setzen wir eine Friedenstüchtigkeit von unten entgegen; der rassistischen Hetze die Solidarität zwischen uns Lohnabhängigen; dem Mietenwahnsinn eine entschädigungslose Enteignung von Immobilienkonzernen; der Repression gegen die Palästina-Bewegung einen gerechten Frieden. Gemeinsam geben wir eine dauerhafte Antwort auf diese Angriffe. Werdet am besten Fördermitglied vom Interbüro oder vom Kiezhaus Agnes Reinhold oder spendet, damit wir die Kosten für die Sachbeschädigung decken können. Unsere Solidarität gegen rechte Angriffe! ☆

Weitere Informationen

Kiezhaus Agnes Reinhold

Um Fördermitglied vom Kiezhaus zu werden, richtet einfach einen Dauerauftrag auf das Spendenkonto ein:

Inklusion und Bildung im Kiez e.V.

IBAN: DE56 8309 4495 0003 3862 36

BIC: GENODEF1ETK

Betreff: Kiezhaus

Weitere Informationen

Um Fördermitglied vom Interbüro zu werden, schickt uns das ausgefüllte Formular von

unserer Website an members@interbuero.org.

Link: interbuero.org/1qm-kampagne

Kampfsporttrainings des III. Weg – Ein Blick in den Nachbarbezirk

Nazis rekrutieren über Kampfsport. Bezirksamt und Staatsschutz schauen zu.

Von: Schaut Nicht Weg

Die Neonazi-Partei III. Weg gilt in Berlin als die aktivste Neonazi-Gruppe. Gerade durch Sportangebote verzeichnet die Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) in Berlin stetigen Zuwachs. Rekrutiert wird hierfür nicht nur im Bekanntenkreis oder auf Social Media, sondern auch in Fankurven: Viele Mitglieder der NRJ sind eng mit der BFC Dynamo-Fanggruppierung „Piefkes“ (Jugendgruppe der gewaltbereiten „Fraktion H“) verbunden. Die Trainings werden oft an Wochenenden am Vormittag angeboten, damit es auch Minderjährigen möglich ist, daran teilzunehmen. Viele der Kampfsporttrainings finden aufgrund der Gruppengröße in öffentlichen Parks statt. Trainiert wird in Shirts vom III. Weg oder der NRJ, meist in Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Lichtenberg, Treptow-Köpenick. Da die Trainingsorte oft wechseln, lässt sich abseits von ihrer Dokumentation nicht viel ausrichten. Dies wiederum stärkt bei den Faschisten das Gefühl von Unantastbarkeit, weshalb sich die III. Weg-Nazis immer selbstbewusster in proletarische, linke Kieze trauen, um zum Beispiel Propagandafotos aufzunehmen. Davon war auch der Wedding bereits betroffen, wie etwa am 26.05.2022 auf dem Flakturm im Humboldthain und am 07.03.2023 vorm Paul-Gerhardt-Stift.



Banner „Keine Halle für Nazis“

Vorbereitung auf Übergriffe

Die politische Straßenpraxis der NRJ erinnert stark an die der „Autonomen Nationalisten“. Das verwundert nicht, schließlich kommen gerade die älteren Nazis des Berliner III. Wegs, die auch die Sporttrainings organisieren, aus diesen Strukturen und prägen die Haltung ihrer Jugendorganisation mit. Dies bedeutet vor allem eine starke Fokussierung der NRJ auf den politischen Gegner, insbesondere Migrant*innen, Queers und Linke. Seit 2023 mündet diese Entwicklung verstärkt in Provokationen und Angriffe gegen alternative Jugendzentren in Ost-Berlin. Einer der massivsten Angriffe durch die NRJ fand am 8. Juli 2024 statt, als am Ostkreuz eine Gruppe von rund 15 Neonazis verummmt und mit Schlagwerkzeugen bewaffnet einen Treffpunkt zur Anreise zu einer antifaschistischen Demo überfiel. Das wachsende Selbstbewusstsein der NRJ zeigt, dass sie eine akute Gefahr darstellt. Die Kampfsport-

Infos und Kontakt:

*[instagram.com/schautnichtweg_](https://www.instagram.com/schautnichtweg_)
schautnichtweg.noblog.org*

trainings sind nicht als bloße sportliche Freizeitaktivität zu bewerten, sondern als Vorbereitung auf solche Übergriffe.

Nazitrainings in Weißensee

Neben den Jugendtrainings in Parks bietet die Partei in Weißensee regelmäßig Kampfsport an – zweimal pro Woche zu festen Zeiten in der Sporthalle des „TSC Preußen 97“. Eine Recherche aus dem Jahr 2022 deckte auf, dass vor allem Anhänger der NPD, AfD und der Identitären Bewegung (IB) hier gemeinsam Boxen trainierten – angeleitet durch den TSC Preußen-Vorsitzenden Manfred Lutz. Nach der Veröffentlichung zogen die Neonazis um, starteten diese jedoch spätestens im Oktober 2023 wieder auf demselben Areal unter der alleinigen Federführung des III. Weg. Das Perfide daran ist, dass das Bezirksamt Pankow von den neuen Trainings wusste, jedoch nicht eingriff. Auch der

Staatsschutz steht regelmäßig vor der Sportanlage und schaut den Nazis beim Rein- und Rausgehen zu. 2022 wurde die Pacht der Halle unter Bezirksstadträtin Dominique Krössin (Die Linke) bis 2027 verlängert. Damals war noch nicht klar, dass die rechten Boxtrainings durch die Unterstützung des „TSC Preußen 97“ erst möglich waren. Mittlerweile regt sich Widerstand: Am 24. August 2024 gab es beim Fußballspiel des „FSV Hansa 04“ gegen „Blau-Gelb Weißensee“, die auch auf dem Sportareal beheimatet sind, eine gemeinsame Banner-Aktion mit einer klaren Message: „Keine Halle für Nazis“. Anfang August veröffentlichten rund 20 Sportvereine einen offenen Brief, in dem sie ein Ende der Nazitrainings forderten. Unterzeichner*innen waren unter anderem der im Wedding beheimatete Rote Stern Berlin. Am 8. September 2024 fand zudem noch eine Kundgebung und am 6. Oktober eine Demonstration in Weißensee statt. Bei der Kundgebung am 8. September 2024 in

Pankow wurde ein Antrag der Linkspartei besprochen, der ein Zutrittsverbot für Neonazis auf Sportplätzen im Bezirk forderte. Diesem wurde nach einigem Hin und Her zugestimmt, wobei der juristische Bestand unklar bleibt. Im Zweifelsfall müssen wir als Nachbar*innen die Kampftrainings des III. Wegs noch bis 2027 ertragen. Damit das nicht so bleibt, gilt es, auf die eigenen Kräfte zu bauen und durch Aufklärungs- und Kampagnenarbeit dafür zu sorgen, dass die Nazis sich zurückziehen. Darum: Haltet die Augen offen, wenn ihr in Parks spazieren geht und meldet Neonazis, wenn ihr sie beim Trainieren beobachtet. Schaut nicht weg! Greift ein! ☆

Jüdisches Krankenhaus Berlin kündigt Mitarbeiter*innen!

Wie die Gesundheitsversorgung und die Beschäftigten in unserem Kiez weiter Einsparungen unterworfen werden

Von: Kommission „Bildung und Geschichte“ des Stadtteilkomitee Wedding

Am 12. Oktober 2024 versammelten sich um die 150 Menschen vor dem Jüdischen Krankenhaus zu einer Protestkundgebung organisiert vom „Berliner Bündnis Gesundheit statt Profite“. Nachdem im letzten Winter die Belegung des Jüdischen Krankenhaus einen Tarifvertrag Entlastung erstreikt hat (wir berichteten in der Plumpe von März 2024 unter dem Titel „Mehr Personal für unser Kiezkrankenhaus“), sollen nun 70-80 Pflegehelfer*innen und Servicekräfte entlassen werden. Die Betroffenen arbeiten direkt am Patient*innenbett, sie halten den Betrieb am Laufen, stellen notwendige Grundlagen der Versorgung bereit und sind eine der wichtigen Berufsgruppen eines Krankenhausteams. Viele von ihnen sind seit vielen Jahren im Jüdischen Krankenhaus tätig, manche seit über 20 Jahren. Sie kennen die Abläufe, die Kolleg*innen, die Patient*innen und die Herausforderungen der Stationen. Sinan, eine betroffene Kol-

legin, berichtet auf der Kundgebung: „Über Jahrzehnte lang waren wir gut genug, aktiv am Bett mitzuarbeiten. Heute sind wir der Politik nicht mehr qualifiziert genug. Aufgrund finanzieller Probleme meines Arbeitgebers verwehrt dieser uns die eineinhalbjährige Ausbildung zu Pflegefachassistenten. Der Pflegenotstand wird immer akuter und wir müssen uns fragen, wie lange meine Kollegen diese Situation noch tragen können. Sicher ist, dass wir nicht ohne weiteres ersetzt werden können!“ Die Kündigungen dieses langjährigen und notwendigen Personals sind eine Frechheit. Die Betroffenen stehen plötzlich ohne Job da. Die Arbeitsbelastung beim übrigen Personal steigt. Schlechter versorgte Patient*innen und längere Wartezeiten sind das Ergebnis. Durch die Kündigungswelle leidet die Gesundheitsversorgung im Kiez. Der Berliner Senat tut derweil so, als gehe ihm das Ganze nichts an. Wir fordern daher im Sinne der Kundgebung, dass das Land Berlin die Verantwortung dafür übernimmt, Einrichtung der Gesundheit,



Erziehung, Pflege und Soziales kommunal auszufinanzieren und dass die Kündigungen zurückgenommen werden! Ein offenes Solidaritäts- und Planungstreffen findet jeden zweiten Montag in der Prinzenallee 58 im Wedding statt ☆.



Bild aus dem palästinensischen Dokumentarfilm "A Fidai Film" von Kamal Aljafari

Film und Kino im Wedding

Von: Kommission Bildung und Geschichte

Die Kinolandschaft im Wedding kriegt Zuwachs: Das Arsenal – Institut für Film- und Videokunst zieht im Februar des kommenden Jahres in das silent green Kulturquartier in der Gerichtsstraße. Das traditionsreiche Kino wurde 1963 gegründet, um das Filmarchiv der deutschen Kinemathek der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seit 2000 befindet es sich im Keller des Sony Centers am Potsdamer Platz, doch nun steht der Umzug in den Wedding bevor – und dort ist es in guter Gesellschaft: Schon 2023 bereicherte das Kino SİNEMA TRANSTOPIA den Stadtteil mit einem transnationalen Raum für Filmkultur und Nachbarschaft. Darüber hinaus gibt es neben den alteingesessenen Kinos wie dem City Kino oder dem Alhambra auch viele unabhängig organisierte Filmabende im Kiez, wie die im Interbüro in der Genter Straße. Auch in der Buttmannstraße werden regelmäßig Filme gezeigt. Im August fand in der Roten Ella die Deutschlandpremiere des palästinensischen Dokumentarfilms "A

Fidai Film" von Kamal Aljafari statt. Der Film besteht zum Großteil aus Filmmaterial des Archivs des Palästinensischen Forschungszentrums in Beirut, das 1982 im Zuge von Israels Invasion in den Libanon von der israelischen Armee geplündert wurde. Seitdem wird dieses kulturelle Erbe der Palästinenser*innen in Militärarchiven in Israel unter Verschluss gehalten. Über Umwege ist das Filmteam an das Material gekommen und hat versucht, die Bilder, die Palästina zwischen den 1910er und 90er Jahren zeigen, wieder zugänglich und frei von zionistischer Instrumentalisierung erfahrbar zu machen. Der Film stellt sich und den Zuschauenden dabei viele Fragen: Was bedeutet es, wenn einem Land seine visuelle Erinnerung geraubt wird? Inwieweit kann das Zeigen von Leben und Schönheit in einem Land, das sonst nur mit Tod und Zerstörung in Verbindung gebracht wird, eine Form des Widerstands sein? Wer entscheidet, wer ein Filmarchiv haben darf und wer nicht? Die Produzentin des Films, Flavia Mazzarino, war bei der Vorführung dabei und diskutierte anschlie-

ßend mit den Zuschauer*innen über die politische Dimension der Dokumentation. Dass eine Landespremiere des Films in einem selbst organisierten Stadtteilladen stattfindet, sei sehr ungewöhnlich, erklärte Mazzarino. "A Fidai Film" lief auf unzähligen Filmfestivals überall auf der Welt, in Marseille gewann er sogar den Vertriebs-Preis, weil jede Vorführung ausverkauft war. Doch in Deutschland traute sich das größte Festival des Landes, die Berlinale, nicht, den Film zu zeigen. Das Thema sei zu sensibel, sagten die Veranstalter*innen. Dass es aber ein reges Interesse an palästinensischen Filmen gibt, die eine kulturelle Auseinandersetzung abseits von Massenmedien und Staatsräson ermöglichen, zeigte das Aufgebot an Zuschauenden, die die Ladenfläche der Roten Ella bis auf den letzten Quadratmeter ausfüllten. Es ist auch ein Zeichen dafür, wie wichtig es ist, öffentliche Räume zu haben, die Kultur und Film einem breiten Publikum zugänglich machen und den Zuschauenden danach die Möglichkeit geben, sich über das Gesehene auszutauschen. Vor knapp 120 Jahren eröffnete das erste Kino im Wedding. Damals waren es die kleinen Ladenkinos, die dazu beitrugen, dass Arbeiter*innen die Möglichkeit einer kollektiven Teilhabe am kulturellen Leben in der Stadt hatten. Heute konsumieren wir audiovisuelle Inhalte vor allem auf Streaming-Plattformen und Social Media. Ein wahrer Austausch über Inhalte und ein Gefühl der kollektiven Erfahrung sind dabei nicht Teil des Geschäftsmodells von Netflix, TikTok und Co. Umso wichtiger ist es, Filmangebote im Kiez zu haben! Räume, in denen sich Nachbar*innen unterhalten, treffen und diskutieren können. ☆

Läden in der Nachbarschaft

Banicharnica „HIT“ - Die Blätterteigbäckerei in der Badstraße

Von: Kommission „Familie und Gesundheit“ des Stadtteilkomitee Wedding

Ich besuche Nina in ihrer Bäckerei in der Badstraße, direkt am U-Bahnhof Pankstraße. Sie putzt gerade die Scheiben ihres Ladens. Nachdem sie aus dem Urlaub zurückkam, waren Markise und Außenreklame beschädigt, deswegen muss sie nun alles abnehmen. Sowa ist ihr zuvor noch nie passiert. Es ist nachmittags und die Vitrine ist noch mit salzigem und süßem Gebäck gefüllt. Wir sitzen vor dem Laden und Nina beantwortet mir ein paar Fragen zu ihrem Laden und dem Kiez.

Seit wann gibt es den Laden? Die Bäckerei gibt es seit 2016, davor war in dem Laden ein pakistanisches oder indisches Restaurant.

Wie sieht ein Tag im Laden in der Bäckerei aus? Ab sechs Uhr komme ich und backe die Hälfte der Sachen selbst, die andere Hälfte bäckt eine Frau, die bei mir arbeitet. Dann mache ich Mittagessen. Es gibt jeden Tag einen Mittagstisch, immer ein bulgarisches Gericht. Wir kochen viel mit Kohl und Hühnchen, oder es gibt Kebab. Mein Tag ist lang, ich bin immer sieben bis acht Stunden im Laden. Er hat von sechs Uhr morgens bis acht Uhr abends offen.

Nach mir übernimmt mein Mann, wir haben das Geschäft gemeinsam.

Was ist die Spezialität des Hauses? Mein Börek, es ist das Beste.

Ist der Laden Teil einer Nachbarschaft oder Gemeinschaft?

Ich kenne alle meine Nachbarn, die Läden und die hier wohnen, und alle kennen mich. Es gibt keine Probleme, es ist alles gut. Es gibt andere bulgarische Geschäfte im Wedding, aber hier ist meins das einzige bulgarische. Zu mir in den Laden kommen aber alle, meine Mittagstisch- Stammgäste sind deutsch, bulgarisch und viele andere.

Hat sich der Kiez in den letzten Jahren verändert? Nein, hier ist es immer gleich. Ich wohne seit zehn Jahren in Berlin, seit acht habe ich die Bäckerei. Es hat sich nicht verändert. Am Montag kommt die neue Reklame. Wenn die Baustelle an der U-Bahnstati-



Eingang der Blätterteigbäckerei in der Badstraße

on dann auch noch verschwindet, ist die Banicharnica „HIT“ in der Badstraße 29, 13357 Berlin wieder gut sichtbar - und einen Besuch für einen Börek oder einen frisch gekochten Mittagstisch wert! ☆

Was hat der Wedding mit Tomaten und Gewerkschaften aus Spanien zu tun?

Von: Margarete Richtsteiger

Der Juli beglückte den Wedding mit andalusischem Wetter. Zwischen See-straße und Leopoldplatz herrscht das übliche Treiben unter der gleißenden Mittagssonne. Auf dem Genter Markt preisen wie jede Woche die Händler kistenweise frisches Obst und Gemüse an. Auch

eine neugierige Spanisch sprechende Gruppe mischt sich unter die Einkaufenden in der Mül-lerstraße. Von ihnen werden aufmerksam die Etiketten und Logos auf dem Gemüse untersucht. Sie sind auf der Suche nach dem Gemüse, das sie und ihre Kolleg*innen letzte Woche noch geerntet und verpackt hatten. Was oft

übersehen wird, ist, dass diese Produkte systematisch unter teils menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Arbeitswochen von bis zu 70 Stunden, bei teilweise mehr als 50 Grad im Gewächshaus, Lohn-

»Unsere Motivation, die Delegation hierher einzuladen, war klar: Wir wollten nicht nur persönliche Beziehungen stärken, sondern mit unseren Gästen gemeinsam Strategien entwickeln, um uns gegen die internationale Ausbeutung zu wehren.«

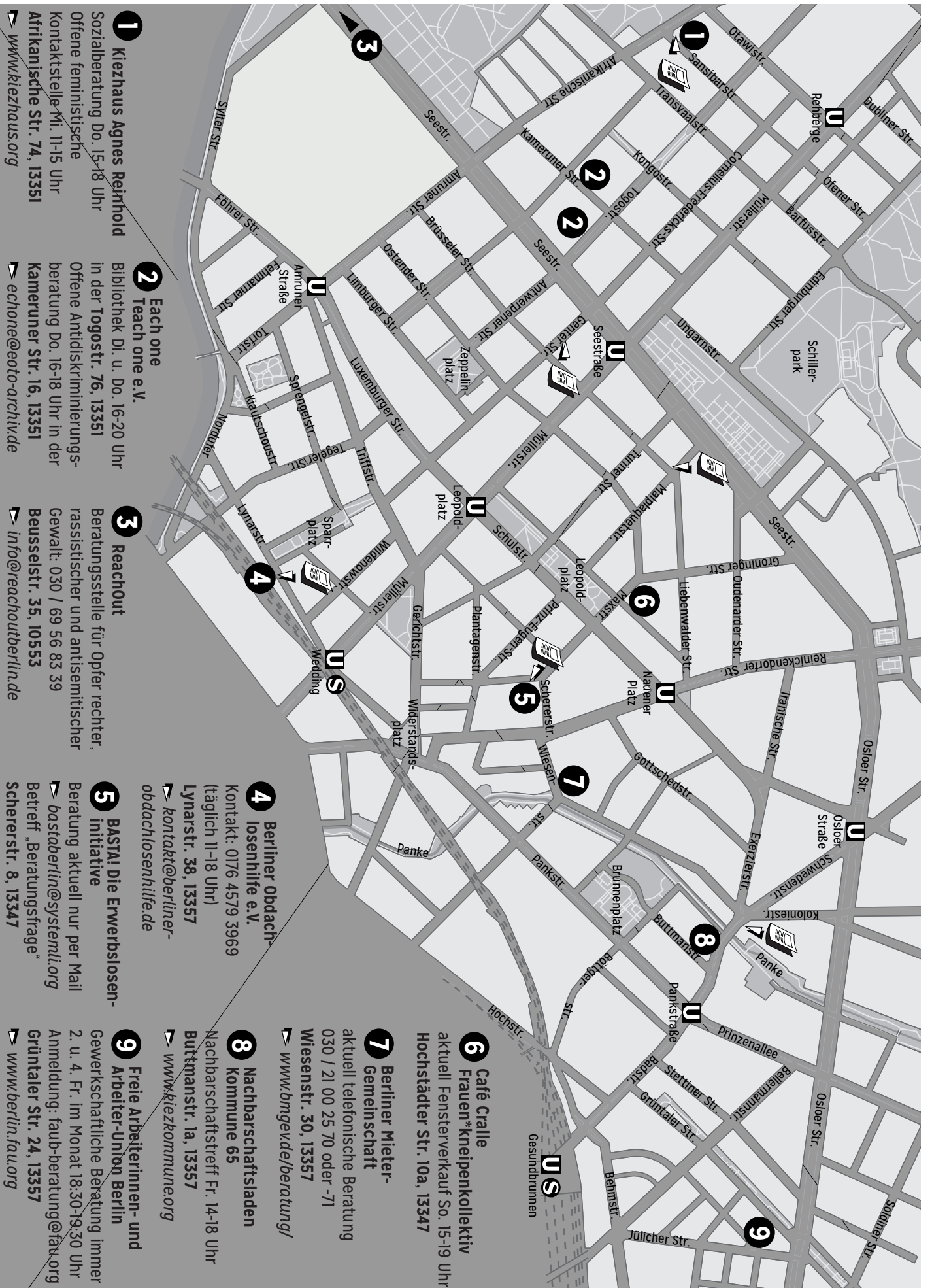
betrug und die Missachtung des Gesundheitsschutzes, sowie die Kriminalisierung gewerkschaftlicher Organisation sind nur einige von vielen Problemen und dennoch weit verbreitet (ARD Dokumentation „Bittere Früchte“, 2024). Ganz selbstbewusst ergeben sich dabei viele solidarische Unterhaltungen mit den Menschen während ihres Einkaufs. Auf Arabisch, Französisch, Spanisch und Deutsch werden angeregte Gespräche über die Herkunft des Gemüses und die Arbeitsbedingungen hier und dort geführt. Spätestens jetzt wird klar, dass die Gruppe zur Delegationsreise der „Trabajadorxs invisibles“ – der unsichtbaren Arbeiter*innen – gehört. Nur eine Stunde später demonstriert die Gruppe schon mit Plakaten und Bannern auf dem Leopoldplatz und redet über ihre menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Die Sprecher*innen sind beflügelt vom Gefühl, dass sie endlich wahrgenommen werden. Denn sie kämpfen seit Jahren für ihre Sichtbarkeit und für eine Veränderung in der Landwirtschaft. Das war unser erster Höhepunkt gleich am Anfang unserer einwöchigen Delegationsreise, für die wir eine achtköpfige Delegation von Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen aus Andalusien in den Wedding eingeladen haben. Sie alle arbeiten seit vielen Jahren im Obst- und Gemüseanbau, und ihre Produkte füllen unsere Supermarktregale das ganze Jahr über mit frischen Lebensmitteln, die menschenunwürdigen Produktionsbedingungen werden dabei oft übersehen. Dass diese Delegationsreise genau im Wedding Fuß fasst, ist kein Zufall. Wir als Verein Interbrigadas sind seit über



Delegation von Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen aus Andalusien auf dem Leopoldplatz

zehn Jahren mit unserem Büro und Netzwerk im Brüssler Kiez verankert. Seit 2022 betreiben wir mit anderen Gruppen zusammen das Internationalistische Büro (InterBüro) in der Genter Straße. Das Interbüro bietet Raum für Begegnungen und dient als Knotenpunkt, um lokale und internationale Kämpfe zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu planen. Unsere Motivation, die Delegation hierher einzuladen, war klar: Wir wollten nicht nur persönliche Beziehungen stärken, sondern mit unseren Gästen gemeinsam Strategien entwickeln, um uns gegen die internationale Ausbeutung zu wehren. Gemeinsam haben wir ein vielfältiges Programm erarbeitet, um die verschiedenen Druckpunkte entlang der Lieferkette andalusischer Produkte zu diskutieren. Wir machten Verbündete entlang der Lieferkette aus, die die globalisierte Ausbeutung gleichsam bekämpfen wollen. Ein weiterer Höhepunkt war der Austausch mit Betriebsrät*innen deutscher Gewerkschaften aus Supermärkten, sowie Organisationen und Initiativen, die sich in Deutschland für

bessere Arbeitsbedingungen und eine andere Art des Landwirtschaftens einsetzen. Wir haben über handfeste Pläne internationaler Solidarität diskutiert, um letztlich die gewerkschaftlichen Kämpfe an beiden Enden der Lieferkette zu stärken. Alles in allem ein echtes Feuerwerk solidarischer Begegnungen und ein toller Erfahrungsaustausch, an den es nun anzuknüpfen gilt. Die Grundsteine sind gelegt! Durch die fortlaufende Zusammenarbeit schaffen wir die Basis für eine starke, grenzübergreifende Bewegung gegen Ausbeutung, für Frieden und internationale Solidarität, die über die Grenzen des Berliner Weddings hinauswirken wird. ☆



1 Kiezhaus Agnes Reinhold
 Sozialberatung Do. 15-18 Uhr
 Offene feministische
 Kontaktstelle-Mi. 11-15 Uhr
Afrikanische Str. 74, 13351
 ▶ www.kiezhaus.org

2 Teach one e.V.
 Bibliothek Di. u. Do. 16-20 Uhr
 in der **Togost. 76, 13351**
 Offene Antidiskriminierungs-
 beratung Do. 16-18 Uhr in der
Kameruner Str. 16, 13351
 ▶ echone@eoto-archiv.de

3 Reachout
 Beratungsstelle für Opfer rechter,
 rassistischer und antisemitischer
 Gewalt: 030 / 69 56 83 39
Beusselstr. 35, 10553
 ▶ info@reachoutberlin.de

**4 Berliner Obdach-
 losenhilfe e.V.**
 Kontakt: 0176 4579 3969
 (täglich 11-18 Uhr)
Lynarstr. 38, 13357
 ▶ [kontakt@berliner-
 obdachlosenhilfe.de](mailto:kontakt@berliner-

 obdachlosenhilfe.de)

**5 BASTA! Die Erwerbslosen-
 initiative**
 Beratung aktuell nur per Mail
 ▶ bastaberlin@systeml.org
 Betreff „Beratungsfrage“
Schererstr. 8, 13347
 ▶ www.berlin.fau.org

6 Café Cralle
Frauen*kneipenkollektiv
 aktuell Fensterverkauf So. 15-19 Uhr
Hochstädter Str. 10a, 13347

**7 Berliner Mieter-
 Gemeinschaft**
 aktuell telefonische Beratung
 030 / 21 00 25 70 oder -71
Wiesenstr. 30, 13357
 ▶ www.bmgvde/beratung/

**8 Nachbarschaftsladen
 Kommune 65**
 Nachbarschaftstreiff Fr. 14-18 Uhr
Buttmanstr. 1a, 13357
 ▶ www.kiezkommune.org

**9 Freie ArbeiterInnen- und
 Arbeiter-Union Berlin**
 Gewerkschaftliche Beratung immer
 2. u. 4. Fr. im Monat 18:30-19:30 Uhr
 Anmeldung: faub-beratung@faub.org
Grüntaler Str. 24, 13357
 ▶ www.berlin.fau.org



**Hier findet ihr
 die PLUMPE**

Ihr wollt die PLUMPE
 bei euch auslegen?

Meldet euch unter:
 ▶ post@plumpe.online